

Liebe Genoss:innen und liebe Mitstreiter:innen,

der Klassenkampf von oben wird in Deutschland aktuell so umfassend wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr geführt. Wir erleben die Vertiefung einer kapitalistischen Krise, die immer deutlicher Gestalt annimmt. Elend und Zerstörungskraft des Kapitalismus wurden jahrzehntelang in andere Weltregionen ausgegliedert und klopfen nun wieder an unsere eigenen Haustüren.

"Wir müssen kriegstüchtig werden", erklärte Kriegsminister Boris Pistorius im Oktober in Bezug auf die derzeitige Aufrüstungs- und Militarisierungskampagne. Hundert Milliarden Sondervermögen zusätzlich zum 2%-Ziel bedeuten unglaubliche Profite für deutsche Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall. Gleichzeitig beschließt die Bundesregierung einen drastischen Sozialabbau und weitere Kürzungen unserer Infrastruktur. Auf die sich abzeichnende Wirtschaftskrise reagiert sie mit Steuersenkungen und Subventionen für Großkonzerne. Auf den geplatzten Bundeshaushalt mit der Kürzung der Kindergrundsicherung und Einsparungen bei Bildung und Gesundheit. Für Krieg und Krise soll die Arbeiter:innenklasse zahlen.

Im Jahr 2023 haben wir im Zuge dieser Entwicklung neue Höhepunkte in der derzeitigen gesellschaftlichen Rechtsentwicklung erlebt. Die Gewalt gegen Frauen und LGBTQ-Personen nimmt weiter zu und Migration wird zum größten aller Probleme inszeniert. Die Kriegstreiber und Krisenprofiteure versuchen die Spaltung der Lohnabhängigen weiter voranzutreiben. Sie schieben wieder einmal denjenigen die Schuld an den von ihnen verursachten Missständen zu, die von Krieg und Krise besonders betroffen sind.

Auch die AfD profitiert von den derzeitigen Diskursverschiebungen nach rechts und den Ängsten großer Teile der Bevölkerung aufgrund von Krieg und Krise, wie jüngst bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen zu sehen war.

Egal ob bei Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, Preiserhöhungen oder den andauernden Krieg in der Ukraine - die AfD versucht sich als einzige echte Alternative zum bestehenden System zu inszenieren und so Zustimmung von denjenigen zu erhalten, die unter diesem System leiden. Der interne Kampf um den offen faschistischen Flügel hat nichts daran geändert, dass die AfD immer noch eine neoliberale Partei ist. Dennoch versucht sie sich als Kraft gegen die neoliberalen Eliten zu inszenieren, auch wenn sie selbst keine sozialpolitischen Lösungen bietet, sondern lediglich Ängste schürt.

Die AfD ist also nicht die Partei der kleinen Leute, als die sie sich ausgibt. Sie bietet weder bessere Löhne oder Arbeitsbedingungen, noch günstigere Mieten oder eine bessere Krankenversorgung. Im Gegenteil: In ihrem Parteiprogramm fordern sie Steuerentlastungen für die Reichen, den weiteren Abbau des Sozialstaats und eine Senkung des Rentenniveaus. Sie ist nicht die Lösung für Krieg und Krise. Ihr politisches Programm verschärft diese Probleme im Interesse des Kapitals und zu Lasten der abhängig Beschäftigten.

Im Kampf gegen die aufkommende rechte Welle, die wir derzeit erleben, ist es wichtig, heute hier zu stehen und gegen den Versuch der Rechten und Faschisten, sich weiter in unserer Gesellschaft zu verankern, zu demonstrieren. Um diese Welle aufzuhalten, müssen wir jedoch auch eine echte Perspektive jenseits von Unterdrückung, Ausbeutung und Rassismus aufzeigen. Wir müssen das System überwinden, das Krieg und Krisen verursacht und deren Kosten immer wieder auf unsere Schultern abwälzt. Leistungszwang, Konkurrenzdruck, Verwertungslogik - der Kapitalismus schafft ein gesellschaftliches Klima, in dem die Faschist:innen mit ihrer Hetze immer wieder auf fruchtbaren Boden stoßen. Dabei können wir uns auch nicht auf den Staat verlassen, der vorgibt, uns vor dem Faschismus und einem Rechtsruck zu beschützen, jedoch den rechten Terror duldet und fördert. Der Faschismus lässt sich von ihm nicht verbieten. Wir müssen selber aktiv werden, zusammenstehen und unsere Kämpfe verbinden!

Alle zusammen gegen den Faschismus.